

Riesaer Tageblatt

Druckschrift
Tageblatt Riesa.
Verans Nr. 20.
Volljahr Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliche bestimmt Blatt.

Börsenblatt
Dresden 1880.
Girofasse:
Riesa Nr. 52.

N. 248.

Freitag, 23. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Redakteure 100 Gold-Pfennige; Zeitungsdrucker und Tabellarischer Satz 50%, Aufschl. Netto Tarife. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verhältnis, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsbedingungen: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Bittrich, Riesa.

Der französische Ministerpräsident Laval in Amerika. Wichtige Beratungen über Kriegsschulden, Reparationen und Abrüstung.

Rundgebung Lavales an das amerikanische Volk.

(Paris.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in New York meldet, dass Ministerpräsident Laval an das amerikanische Volk folgende Rundgebung gerichtet hat: Ich freue mich von Bord der "Île de France" aus dem amerikanischen Volke meine heraldischen Grüße zu entrichten. Die große und lebhafte Freundschaft, die unsere beiden Länder vereint, wird gewiss durch meine Unterredung mit Präsident Hoover befürkt werden. Ich wünsche, dass eine immer engere Zusammenarbeit zwischen Amerika und Frankreich die Lösung der Schwierigkeiten erleichtert, die die Welt gegenwärtig spürt. Die Regierungen müssen sich bemühen, das Glück zu besitzen und den Wohlstand wieder herzustellen. Sie müssen sich unaufhaltsam der Konsolidierung des Friedens widmen. Um an diesen hohen Aufgaben mitzuwirken, bin ich aus Frankreich nach Amerika gekommen und werde mit dem Präsidenten der bestreuten großen Republik verhandeln.

Lavales Empfang in New York.

(New York.) Die Landung des französischen Ministerpräsidenten Laval wurde von einer beträchtlichen Menge erwartet. Nicht nur auf den Straßen, sondern auch von den Fenstern der Balkone aus wollten Tausende das Eintreffen des französischen Ministerpräsidenten beobachten. Auf dem Broadway hatten Militär- und Marinestaffeln mit Musikkapellen an der Spitze sich zur Parade aufgestellt. Staatssekretär Stimson hatte sich zur offiziellen Begrüßung am Landungssteg eingefunden. Nach der Landung am Battery Place wurde Laval unter begeisterten Zurufen der tausendfachen Menge nach der City Hall geleitet, wo er von Bürgermeister Walker im Namen der Stadt New York feierlich begrüßt wurde. Laval führte in französischer Antwortrede aus, er komme von einem Land, das entschlossen sei, mit Amerika zur Wiederherstellung der Provinz zusammenzuarbeiten. Eine schwere Krise sei hereingebrochen, welche die Entwicklung Amerikas und der anderen Länder unterbrochen habe. In einer vom Zweifel zerrissenen Welt müssten die beiden großen Demokratien zusammen Methoden suchen und anwenden, die Ruhe und das Gleichgewicht wiederherstellen werden.

Laval führte weiter aus: Frankreich war tief gerüttelt, als Präsident Hoover mich zu einem Besuch einlud. Es erwankte, dass diese Geiste nicht nur der Ausdruck der alten exponierten Freundschaft zwischen unseren großen Demokratien war, sondern dass die amerikanische Regierung sich an Frankreich gewandt hat, weil es inmitten der weitverbreiteten Sorgen überall geblieben ist. Mit voller Zuversicht möchte ich dem amerikanischen Volk gegenüberstehen. Ich kenne keinen Enthusiasmus und weiß, dass es großmütiger Impulse fähig ist. Es wird, wenn nötig, dem Rufe folgen lassen, der von der alten Welt kommt. Ob es unsere Arbeit oder unsere Künste kann, sie werden von demselben Geiste ihrer Vorfahren geprägt. Dies sind die Eigenschaften, die unser altes Land zu einem harmonischen und ausgeglichenen Ganzen machen. Dieses Gefühl der Ausgeglichenheit schützt uns vor absurdem Unschuldigungen, die manchmal gegen uns erhoben werden, dass wir irgendwelche Form der Hegemonie in Europa ausüben wollen. Frankreich ist ein den Frieden liebendes Land, unsere Geschichte und unsere Vergangenheit erlegen uns Vorwürfe auf. Wir wünschen nicht im geringsten, die Würde einer anderen Nation zu beeinträchtigen. Unser einziger Wunsch ist der Friede, aber wir legen großen Wert auf unsere Sicherheit. Die Regierungen und Völker sollten verstehen, dass die Sicherheit nicht nur in hoffnungsvollen Worten ausgedrückt werden kann, sie sollte organisiert werden. Wenn Frankreich und die Vereinigten Staaten übereinstimmen und sich in immer zunehmender Zusammenarbeit vereinigen können, so können wir einer besseren Gestaltung der Dinge entgegengehen.

Zum Schluss erklärte Laval: Ich spreche im Namen eines Landes, das entschlossen ist, seine Anstrengungen mit denen Amerikas zu verbinden, um Gefahren abzuwehren, die unsere Zivilisation bedrohen.

Laval in Washington.

(Washington.) Laval ist in Washington eingetroffen. Er machte hier einen kurzen Auftrittsbesuch und empfing im Laufe des Nachmittags die Presse, die er eindringlich bat, sich nicht in Vermutungen zu ergehen. Frankreich sei weder kriegerisch, noch wolle es in Europa dominierend vorherrschen. Es wolle im Gegenteil durch die Besuche in London, Berlin und Washington darstellen, dass es

bereit sei, seinen Teil an der internationalen Zusammenarbeit zu übernehmen.

(Washington.) (Funkspruch.) Während der Fahrt nach Washington wurde von Mitgliedern der franz. Regierung angedeutet, dass Laval bereit sei, alle europäischen politischen Probleme und alle wirtschaftlichen Weltfragen in liberaler Geiste zu besprechen. Er werde einer Herauslösung der Reparationen zustimmen und sogar bezüglich des ungeschätzten Teiles einer "Adjustierung" nicht ablehnen. Dagegen lehne er eine Verlängerung des Moratoriums ab.

(London.) (Funkspruch.) Der Korrespondent der "Times" in Washington meldet: Laval wird vielleicht überrascht sein über die Reichweite, die Hoover und Stimson den Erfordernissen zu geben bereit sind. Denn es spricht alles dafür, dass nicht einmal so heikle Fragen wie die des polnischen Korridors beiseite gelassen werden.

Bertrauliche Versprechungen zwischen Laval und Stimson.

(London.) (Funkspruch.) Ein Sondervertreter des Daily Telegraph meldet aus Baltimore, dass Ministerpräsident Laval während der Eisenbahnsaft von New York nach Washington eine lange vertrauliche Unterredung mit Staatssekretär Stimson gehabt habe, bei der auch der französische Botschafter Claude zugegen gewesen sei. Unoffiziell werde erklärt, dass die Unterredung erheblich dazu beigetragen habe, den Weg für die Versprechungen des Ministerpräsidenten mit Präsident Hoover zu ebnen. Bei diesen Versprechungen sollten Fragen der Weltfinanzen und der europäischen Stabilität mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Reparationen erörtert werden.

Gustav Gossel warnt Laval und Hoover.

(Stockholm.) In einem Zeitartikel im "Svenska Dagbladet" beschäftigt sich Professor Gustav Gossel mit dem

französischen Ministerbesuch in Washington. Er schreibt unter anderem:

"Haben Laval und Hoover verstanden, was es gilt? Haben sie sich so sehr von Kriegstraditionen und wirtschaftlichen Zwangsvorstellungen freimachen können, dass sie radical mit der Politik zu brechen vermögen, die die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrundes geführt hat?"

Gossel stellt fest, dass die Tributforderungen ohne die geringste Rücksicht auf Deutschlands Zahlungsfähigkeiten festgelegt worden sind. Trotz der Katastrophe, die jetzt über die Welt hereingebrochen sei, habe man sich noch nicht die Frage vorgelegt, ob es für Deutschland möglich sei, auch nur einen kleinen Bruchteil der Reparationen zu zahlen. Man befürchte, dass Deutschland durch wirtschaftliches Aufblühen wieder erstaunen könnte und fordere die Tribut, um es am Boden zu halten. Deutschland sei nicht imstande gewesen, auch nur einen Pfennig der Reparationen selbst zu zahlen. Die deutsche Auslandsschuldung sei um 18,2 Milliarden Mark gestiegen. Jetzt könne Deutschland nichts mehr zahlen. Im Gegenteil: das Ausland entziehe ihm die kurzfristigen Kredite. Nun fragt man sich, was denn eigentlich geschehen solle, wenn das Moratorium ablaufe.

Es sei für Deutschland unmöglich, in nächster Zukunft irgendwelche Zahlungen anzubringen. Frankreich kommt jedoch nicht nach Washington mit einem Programm, in dem jedes einzelne verhindert werden soll. Es gebe kein Anzeichen dafür, dass sich die Staatsmänner, die sich jetzt in Washington treffen wollen, über die Gefahr einer totalen Goldentwertung klar seien. Eine Herauslösung der Kriegsschulden sei in Wirklichkeit kein Opfer. In Washington werde man jedoch über unwesentliche Dinge sprechen und weiter so handeln wie bisher. Man werde sich auf alle Weise Gold aneignen, das Preisniveau herabdrücken und die letzten Reste des Vertrauens und der Zahlungsfähigkeit vernichten. Darauf werde man die Hände in Unschuld waschen. Es müsse nichts, zu versuchen, Frankreich und Amerika davon zu überzeugen, dass sie unrecht handeln. Aber der allgemeine Ruin werde auch sie bald erreichen. Fraglich sei nur, ob die Wahrheit erkannt werde, ehe es zu spät sei. Haben Hoover und Laval eine klare Vorstellung darüber, dass die Antwort auf diese Fragen jetzt von ihnen abhängt?"

Benachteiligung der sächs. Gemeinden bei der Reichshilfe

Vom Sächsischen Gemeindetag geht uns folgende Mitteilung zu:

Unter der Überschrift "Sachsen und der 150-Millionen-Kredit" sind Mitteilungen durch die Presse gegangen, die den sächsischen Gemeinden und Bezirksverbänden für ihre Wohlfahrtslasten Mittel in Höhe von 22 Millionen RM für die kommenden Monate in Aussicht stellen. Diese Mitteilungen sind geeignet, das falsche Bild zu erwecken, als ob nunmehr den sächsischen Gemeinden geholfen sei.

Das Gegenteil ist leider der Fall.

Sachsen ist wiederum benachteiligt worden, weil die sächsischen Gemeinden nach dem durch die Dritte Notverordnung festgestellten Schlüssel sogar weniger erhalten als nach dem Schlüssel, der in der Notverordnung vom 5. Juni d. J. für die aus den sog. Lohnsteuererstattungsbeiträgen bestimmten Beträge vorgesehen war. In der Notverordnung vom 5. d. J. war vorgesehen, dass alle Bezirkfürsorgeverbände an der Reichshilfe beteiligt werden sollten, in denen die Zahl der Wohlfahrtsverhältnissen am 31. März 1931 höher war als 75 v. H. des Reichsdurchschnitts. Da in Sachsen als einzigem Lande alle Bezirkfürsorgeverbände diese Voraussetzung erfüllten, wären auf Sachsen etwas über ein Sechstel dieser Summe entfallen, während momentan die süddeutschen Länder mit ihren geringen Wohlfahrtsverhältniszahlen, die zum Teil nur 25 v. H. des Reichsdurchschnitts ausmachen, entsprechend weniger oder gar nichts bekommen hätten. Auf das Drängen der süddeutschen Länder aber ist in der Dritten Notverordnung, nachdem zwischen das Reich den Kredits von 80 Millionen auf 150 Millionen RM erhöht hatte, der Schlüssel dahin abgeändert worden, dass schon alle diejenigen Bezirkfürsorgeverbände beteiligt werden, deren Wohlfahrtsverhältnisziffer am

31. März 1931 mehr als 50 v. H. des Reichsdurchschnitts beträgt.

Dadurch ist das durch Wohlfahrtsverhältnisse überaus stark geschädigte Land Sachsen wiederum geschädigt worden, da nunmehr die Basis für die beteiligten Länder und Gemeinden in Deutschland naturgemäß verbreitert wurde. Der schlüsselmäßige Anteil Sachsen's aber prozentmäßig gesunken geworden ist. Während nach dem ursprünglichen Schlüssel auf die sächsischen Gemeinden entsprechend ihrer besonderen Notlage annähernd 26 Mill. RM hätten entfallen müssen, sind es jetzt nur noch 21,7 Mill. RM.

Der zweite besondere Nachteil für Sachsen liegt darin, dass auch jetzt noch immer der 31. März 1931 als Richttag gilt, während in Sachsen namentlich in den letzten Monaten die Wohlfahrtsverhältniszahl sich katastrophal erhöht hat, und zwar viel stärker als im Reichsdurchschnitt und in den übrigen deutschen Ländern.

Es ist außerordentlich zu bedauern, dass trotz des Eintretens der sächsischen Regierung, die vom Sächsischen Gemeindetag immer wieder auf die großen Gefahren und die ungerechte Behandlung Sachsen's hingewiesen worden ist, das Reich dem Drängen anderer, viel weniger belasteter Länder nachgegeben hat.

Infolgedessen dürfen die Zahlen, die für die sächsischen Gemeinden durch die Presse gegangen sind, nicht den falschen Glauben erwecken, dass nunmehr eine auch nur eingeschränkte Unterstützung für die sächsischen Gemeinden vom Reiche gewährleistet sei. Der Sächsische Gemeindetag wird in den nächsten Tagen die Zahlen der Öffentlichkeit überreichen, die das durch starke Rückgang der Steuern und übermäßiges Ansteigen der Lasten in den letzten Monaten entstandene Missverhältnis zum Ausdruck bringen.

Beborsteckende Verordnung über den Notgeldverkehr.

(Berlin.) (Funkspruch.) Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird in den nächsten Tagen die in der Notverordnung vom 6. Oktober vorgelegte Verordnung über den Notgeldverkehr veröffentlicht werden. Die Verordnung, die

im wesentlichen fertiggestellt ist, bedarf lediglich noch der Unterschrift des zur Zeit beurlaubten Reichsfinanzministers.

Entsprechend den Richtlinien der Notverordnung wird die Notgeldverordnung den Umlauf von Notgeld verbieten. Es handelt sich aber dabei, wie in unterrichteten Kreisen betont wird, weniger um ein Verbot des zur Zeit umlaufenden Notgeldes, das aus dem Verkehr gezogen werden soll, als um ein generelles Verbot der Ausgabe von Notgeld überhaupt.